NIEDERSCHRIFT

Körperschaft: Gemeinde Bad Zwischenahn

Gremium Ausschuss für Jugend, Familie und Soziales

Sitzung am: Mittwoch, 17.10.2012

Sitzungsort: Haus Brandstätter, Kuppelsaal, Am Brink 5

Sitzungsbeginn: 17:03 Uhr Sitzungsende: 19:23 Uhr

TEILNEHMERVERZEICHNIS

Sitzungsteilnehmer:

Ausschussvorsitzender

Herr Henning Dierks SPD stellv. für AV Frau Bohlen

Ausschussmitglieder

Herr Diethard Dehnert UWG ab 17:09 Uhr

Herr Arne Keil GRÜNE

Herr Gerhard Langner CDU

Frau Beate Logemann SPD stellv. für AM Dierks

Frau Beate Lüttmann CDU Herr Dr. Frank Martin CDU

Herr Dietmar Meyer SPD stellv. für AM Kruse

Frau Karin Rohé GRÜNE

Grundmandatsinhaber

Herr Dr. Horst-Herbert Witt FDP

beratende Mitglieder gemäß § 13 Abs. 3 AGKJHG

Frau Marion Brötje ab 17:08 Uhr

beratendes Mitglied des Seniorenbeirates

Herr Egbert Wingenfeld Seniorenbeirat

Verwaltung

Herr Bürgermeister Dr. Arno Schilling

Herr Rolf Oeljeschläger Herr Wilfried Fischer Frau Marianne Wagenaar

Herr Uwe Kubiack Jugendpfleger

Frau Katja Osterwald als Protokollführerin

entschuldigt fehlen:

beratende Mitglieder gemäß § 13 Abs. 3 AGKJHG

Herr Hans-Georg Kiesewetter

<u>Tages</u>	ordnung:	<u>Seite:</u>
Öffent	licher Teil	
1.	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung	3
2.	Genehmigung der Niederschrift vom 18.06.2012 (Protokoll Nr. 34)	3
3.	Bericht der Verwaltung	3
3.1.	Bedarfsplanung Kindertagesstätten hier: Berechnung der Versorgungsquoten	3
3.2.	Gebührenkalkulation des Kindergartenbeitrages	3
3.3.	Zuwendungsbescheid nach der Richtlinie Investitionen Kinderbetreuung (RIK) vom Land	4
3.4.	Brandschutzmaßnahmen im Jugendzentrum Stellwerk	4
3.5.	Jugendarbeit in Ofen	4
3.6.	Jugendforum Petersfehn	5
3.7.	Schulanfangsaktion des Vereins Glücksbringer am Meer e. V. (ehemals Initiative Wunschbaum am Meer)	5
3.8.	Tag beim Bürgermeister (Wir nehmen Bad Zwischenahn unter die Lupe)	5
3.9.	Verteilung der Wohnungen der Ammerländer Wohnungsbaugesellschaft im Kreisgebiet	6
3.10.	Heimbereisung in der Adventszeit 2012	6
4.	Antrag des Kinderschutzbundes Ammerland e. V. auf Gewährung eines erhöhten Zuschusses Vorlage: BV/2012/135	7
5.	Schaffung von Krippenplätzen in 2013 Vorlage: BV/2012/154	8
6.	Haushalt 2013 für den Bereich "Soziale Sicherung" (Teilhaushalt 40 und 50) hier: Ergebnis- und Finanzhaushalt Vorlage: BV/2012/134	8
7.	Nutzung der Skateranlage Vorlage: BV/2012/150	9
8.	Jugendbeteiligung hier: Antrag auf Bildung eines Jugendrates Vorlage: BV/2012/152	10
9.	Anfragen und Hinweise	11
10.	Einwohnerfragestunde	11
10.1.	Jugendbeteiligung	11

Öffentlicher Teil

1 <u>Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung</u>

Stellv. AV H. Dierks eröffnet die Sitzung.

Es werden einstimmig festgestellt:

- a) die rechtzeitige Übersendung der Tagesordnung,
- b) die Beschlussfähigkeit,
- c) die Tagesordnung, wie sie zu Beginn der Niederschrift aufgeführt ist, ergänzt um einen nichtöffentlichen Teil, in dem die Verwaltung einige Berichtspunkte zur Kenntnis geben möchte.

2 Genehmigung der Niederschrift vom 18.06.2012 (Protokoll Nr. 34)

Die Niederschrift vom 18.06.2012 (Protokoll Nr. 34) wird einstimmig genehmigt.

- 10 -

3 Bericht der Verwaltung

3.1 <u>Bedarfsplanung Kindertagesstätten</u> hier: Berechnung der Versorgungsquoten

Den Ausschussmitgliedern sind die Prognosen für die einzelnen Kindergärten in der Gemeinde Bad Zwischenahn vorgestellt worden, einbezogen wurde auch eine "Kinderquote" für geplante Bebauungsplangebiete.

- 40 -

3.2 Gebührenkalkulation des Kindergartenbeitrages

Die Kindergartengebühren wurden zuletzt zum 01.08.2008 erhöht. Jährlich wird eine Kalkulation der Gebühren anhand der Kindergartenhaushalte und der Jahresrechnungen vorgenommen. Nach der Kalkulation mit den Jahresrechnungsergebnissen von 2011 müssten die Kindergartengebühren im Höchstsatz von 171,00 € auf 210,00 € monatlich für eine vierstündige Betreuung angehoben werden. Dies entspräche einer Erhöhung von 22,8 %. Die Verwaltung schlägt keine Gebührenerhöhung vor.

Auf Nachfrage erläutert FBL Fischer, dass die gesetzliche Grundlage für die Gebührenkalkulation das Niedersächsische Kommunalabgabengesetz (NKAG) sei, das für die Kalkulation von Gebühren und Beiträgen gelte. Danach werde die Obergrenze des Elternbeitrages ermittelt. Es liegt bei den Kindertagesstättenbeiträgen im Ermessen der Gremien, unterhalb der Obergrenze zu bleiben.

- 40 -

3.3 <u>Zuwendungsbescheid nach der Richtlinie Investitionen Kinderbetreuung (RIK) vom Land</u>

Mit Schreiben vom 15.08.2012 ist der Zuwendungsbescheid der Landesschulbehörde über einen Betrag in Höhe von 217.500,00 € für die Krippe Petersfehn eingegangen. 195.000,00 € stehen für die Baumaßnahme und 22.500,00 € für Ausstattungsgegenstände zur Verfügung.

- 40 -

3.4 Brandschutzmaßnahmen im Jugendzentrum Stellwerk

Die Brandschutzmaßnahmen im Jugendzentrum sind abgeschlossen. Die Baumaßnahme hat insgesamt 113.000,00 € gekostet. Veranschlagt waren im Haushalt 2012 Mittel in Höhe von 100.000,00 €.

- 40. 51 -

3.5 <u>Jugendarbeit in Ofen</u>

Die Verwaltung berichtet über einen Personalwechsel bei der Jugendarbeit in Ofen. Die Gemeinde beteiligt sich mit 50 % an den Personalkosten.

Auf Anfrage erklärt die Verwaltung, dass GJP Kubiack an den Vorstellungsgesprächen teilnimmt. Die endgültige Entscheidung über die Einstellung wird von dem Träger, der Kirchengemeinde Ofen, gefasst.

- 40, 51 -

3.6 <u>Jugendforum Petersfehn</u>

Das Jugendforum in Petersfehn soll am Freitag, 16.11.2012, durchgeführt werden.

Wie im Rat am 10.07.2012 beschlossen, soll im direkten Anschluss an das Jugendforum eine Aussprache mit Vertretern der Ratsgremien über die Ergebnisse stattfinden, damit die Teilnehmer eine sofortige Rückmeldung erhalten.

Es haben noch nicht alle Fraktionen einen Vertreter benannt. Bitte dem Amt 40, Tel: 04403/604-401, die Vertreter mitteilen.

Für die SPD-Fraktion wird als Vertreterin Frau Logemann benannt. Für die CDU-Fraktion Frau Lüttmann.

- 40, 51 **–**

3.7 <u>Schulanfangsaktion des Vereins Glücksbringer am Meer e. V. (ehemals Initiative</u> Wunschbaum am Meer)

Der Verein Glücksbringer am Meer e. V. hat sich mit der Bitte um Unterstützung der o. Aktion an das Familien- und Kinderservicebüro gewandt. Es sollte Schulanfängern aus sozial benachteiligten Familien zum Schulanfang ein Lernlesebuch überreicht werden. Das Familien- und Kinderservicebüro hat unter Beachtung des Datenschutzes die Bücher an 28 Kinder weitergeleitet.

- 40 -

3.8 Tag beim Bürgermeister (Wir nehmen Bad Zwischenahn unter die Lupe)

Im Rahmen der diesjährigen Ferienpassaktion wurde "ein Tag beim Bürgermeister (Wir nehmen Bad Zwischenahn unter die Lupe)" angeboten. Die Aktion fand am 14. und 15.08.2012 statt und richtete sich an Kinder im Alter zwischen neun und zwölf Jahren.

Gemeinsam mit dem Jugendpfleger, Herrn Kubiack, machten sich die Kinder am ersten Tag Gedanken darüber, was für Kinder toll in Bad Zwischenahn ist (Ferienpassaktionen, JZ Stellwerk, See, Park der Gärten, Skaterbahn, DLRG, dass es so friedlich in Bad Zwischenahn ist usw.) bzw. was Kindern in Bad Zwischenahn fehlt (Kino, Ferienpassaktionen für alle Ferien, Abenteuerspielplätze, ZwiWo-Angebote für ältere Kinder, Telefonzellen u.v.m.). Sie schrieben auf, was sie in Bad Zwischenahn ändern würden (Fußgängerzone, Ampelschaltungen in den Abendstunden, Geschwindigkeitsüberprüfungen in Wohngebieten, Bahnlärm, Sauberkeit in den Schulen verbessern usw.), falls sie Bürgermeister wären und welche Anregungen sie für den Bürgermeister haben (Pflasterung Marktplatzkurve, öffentliche Toiletten u. a.). Mit einem Fotoapparat dokumentierten die Kinder die Resultate und erarbeiteten daraus eine Diashow, die sie zusammen mit den schriftlichen Aufzeichnungen dem Bürgermeister am 15.08. vorstellten.

Anhand eines Beispiels wurden den Kindern die einzelnen Schritte vom Antrag bis zur Entscheidung in den Gremien erläutert und aufgezeigt, was sie dafür veranlassen müssten, damit dieser Wunsch umgesetzt wird. BM Dr. Schilling ging auf die Anregungen der Kinder ein und bedankte sich für ihr Interesse.

Mit einem Rundgang durch das Rathaus, in dem Frau Bischoff vom Familienservicebüro den Teilnehmern einzelne Aufgaben einer Gemeindeverwaltung erläuterte, wurde die Aktion abgeschlossen.

- 40, 51 -

3.9 <u>Verteilung der Wohnungen der Ammerländer Wohnungsbaugesellschaft im Kreisgebiet</u>

Auf Anfrage im Rat wird über die Verteilung der Wohnungen der Ammerländer Wohnungsbaugesellschaft im Kreisgebiet berichtet:

Gemeinde/Stadt	Anzahl der Wohneinheiten qm-Wohnfläche	
Apen	103	5.675,15
Bad Zwischenahn	554	34.777,07
Edewecht	121	7.030,79
Rastede	376	23.700,83
Westerstede	408	22.986,59
Wiefelstede	112	6.923,61
Insgesamt	1674	101.094,04

- 50 -

3.10 Heimbereisung in der Adventszeit 2012

Auch in diesem Jahr wird eine Delegation der Gemeindeverwaltung und des Rates der Gemeinde ehemalige Gemeindebürgerinnen und –bürger, die in auswärtigen Alten- und

Pflegeeinrichtungen wohnen, sowie die in der Gemeinde in Alten- und Pflegeheimen lebenden Bürgerinnen und Bürger besuchen. Die Vertreter der Gemeinde überreichen den Heimbewohnern ein Präsent.

Ablauf der Heimbereisungen:

Datum Heime Teilnehmer

Montag, 03.12.2012 Brake, Butjadingen, 2 x Edewecht FBL Herr Fischer und 2 Ratsmitglieder

Dienstag, 04.12.2012 Oldenburg, Wiefelstede, Westerstede AL Herr Wlodarczyk und 2 Ratsmitglieder

Mittwoch, 05.12.2012 Teil I: 10.00 – 12.00 Uhr

Teil II: 15.00 - 16.30 Uhr

Teil III: 17.00 – 18.00 Uhr

Seniorenheim Meng, Ofen Seniorenheim Meng, Ofen

Seniorenheim "Residenz im Grünen", Kayhauserfeld

Altenpflegeheim "mien to hus", Ofen BM Dr. Schilling FBL Herr Fischer AL Herr Wlodarczyk Ratsmitglieder

Mittwoch, 12.12.2012 10.00 – 12.00 Uhr "Residenz zwischen den Auen", Bad Zwischenahn

BM Dr. Schilling FBL Herr Fischer AL Herr Wlodarczyk Ratsmitglieder

Mittwoch, 12.12.2012 15.00 – 17.00 Uhr AWO Altenwohnanlage Rostrup, BM Dr. Schilling FBL Herr Fischer AL Herr Wlodarczyk AJuFaSo, Gruppen- und Fraktionsvorsitzende, Herr Wingenfeld

Die Gruppen bzw. Fraktionen werden gebeten, Vertreter für die Delegationen zu benennen.

- 50 -

4 Antrag des Kinderschutzbundes Ammerland e. V. auf Gewährung eines erhöhten Zuschusses

Vorlage: BV/2012/135

FBL Fischer ergänzt auf Nachfrage, dass es sich um einen Vorratsbeschluss handelt. Erst wenn die dort genannten Voraussetzungen vom DKSB erfüllt werden, werde der erhöhte Zuschuss anteilig gezahlt. Durch den Vorratsbeschluss soll dem DKSB die Unterstützung der Gemeinde signalisiert werden. Gespräche mit zukünftigen Vermietern könnten vom DKSB mit der finanziellen Rückendeckung geführt werden. Die Beratungsstellen des DKSB sollen als erste Anlaufstelle für z. B. Familien und Jugendliche angesehen werden. Im Bedarfsfall erfolge eine über die jeweilige Krankenversicherung zu finanzierende Behandlung bei zugelassenen Psychologen oder Therapeuten. Wenn die Vorstellung der Arbeit des DKSB in einer Sitzung gewünscht werde, könne der Verein über seine Tätigkeit in einer der nächsten Sitzungen berichten.

Alle Ausschussmitglieder loben die professionelle langjährige Arbeit des DKSB. Auch der Standort in Bad Zwischenahn solle erhalten bleiben, um Wege nach Westerstede zu ersparen. Evtl. könnte durch eine Annonce in der Zeitung ein günstiges Mietobjekt gefunden und auf den sozialen und ehrenamtlichen Hintergrund des Vereines hingewiesen werden, in der Hoffnung, dass die Mietkosten von den Vermietern entsprechend angepasst würden.

Beschlussvorschlag:

- Dem Kinderschutzbund Ammerland e. V. wird im Rahmen der freiwilligen Leistungen ein Zuschuss in Höhe von 1.000,00 € für die präventive Arbeit für das Jahr 2012 gewährt.
- 2. Der Zuschuss für die Gewaltberatungsstelle Wendekreis und die Familienberatung wird ab 2013 auf höchstens 3.500,00 € jährlich (bis zu 50 % der künftig anfallenden Mietkosten) angehoben. Voraussetzung für die Anhebung des Zuschusses ist das Verbleiben der Beratungsstelle in der Gemeinde Bad Zwischenahn.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 40 -

5 <u>Schaffung von Krippenplätzen in 2013</u> Vorlage: BV/2012/154

Die Verwaltung legt dar, weshalb man sich für das Objekt Mozartstraße entschieden habe. Für Rostrup sei auch ein Anbau möglich. Dies sei an der Mozartstraße wegen des Grundstückszuschnittes nicht möglich.

Beschlussvorschlag:

- Der Planung und dem Finanzierungskonzept zur Umwandlung einer Kindergarten- in eine Krippengruppe zum Kindergartenjahr 2013/14 im Kindergarten Mozartstraße wird zugestimmt.
- 2. Der Bürgermeister wird ermächtigt, im Rahmen der Antragstellung, die notwendigen Erklärungen zur Gesamtfinanzierung abzugeben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 40 -

6 <u>Haushalt 2013 für den Bereich "Soziale Sicherung" (Teilhaushalt 40 und 50)</u> hier: Ergebnis- und Finanzhaushalt Vorlage: BV/2012/134

AL Frau Wagenaar geht auf Wunsch die einzelnen Produkte der Liste mit den Abweichungen durch.

Bei den Aufwendungen für die Kindertagesstätten (36.5.10.01-09. 431800) wurde von AL Frau Wagenaar ergänzt, dass die Kirchenverwaltung Ofen über Tarifveränderungen bei den kirchlichen Trägern – auch rückwirkende – informiert habe. Dadurch können sich nach den tatsächlich einzureichenden Haushalten der Kindertagesstätten noch erhebliche Veränderungen ergeben. Die Haushalte der Kindertagesstätten müssen bis Ende Oktober eingereicht werden, sodass die konkreten Zahlen noch nicht vorliegen. Ggf. muss eine Anpassung des Haushaltsansatzes im weiteren Beratungsverlauf des Haushaltes 2013 erfolgen.

Bei dem geschätzten Haushaltsansatz wurden keine Personalkostensteigerungen berücksichtigt, sondern lediglich die in den letzten Jahren beschlossenen Veränderungen, wie z. B. Haushaltsmittel für die Kinderkrippe in Petersfehn ab August 2013, der höhere Krippenzuschuss ab August 2012 etc.

Beschlussvorschlag:

Dem Entwurf des Budgethaushalts 2013 Bereich "Soziale Sicherung" (Teilhaushalt 40 und 50) wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 40 -

7 <u>Nutzung der Skateranlage</u> Vorlage: BV/2012/150

Stellv. AV H. Dierks erteilt zur Erläuterung AM Dr. Witt das Wort. Dieser bedankt sich für die ausführliche Beantwortung der Fragen in der Beschlussvorlage. Auf diesem Wege konnte die Kritik der jungen Leute Gehör finden. Die Antworten der Verwaltung können nachvollzogen werden. Seiner Meinung nach sollte die Skateranlage in Bad Zwischenahn auch für das touristische Angebot genutzt werden.

Ergänzend informiert AM Dr. Witt, dass der Vorsitzende des Oldenburger Skateboardvereines und zeitgleich Landesfachwart für Skateboarding im Niedersächsischen Rollsport- und Inlineverband (NRIV) Kontakt zur FDP aufgenommen und angeboten habe, die Gemeinde auf dem Weg in das entstehende Netzwerk "Rollen und Räder" zu begleiten. Durch das Netzwerk im Nordwesten (Aurich/Ammerland) sollen gemeinsam Standards geschaffen werden.

AM Dr. Witt bittet die Gemeinde darum, dem Netzwerk beizutreten (kostenlos).

GJP Kubiack merkt an, dass er heute zum ersten Mal von dem geplanten Netzwerk höre. Es sei nicht Aufgabe der Jugendpflege den Skatersport zu fördern, sondern den Standort der Skateranlage instand zu halten, die Einhaltung der Ordnung zu gewährleisten und als Ansprechpartner für die Jugendlichen zur Verfügung zu stehen. Die Instandhaltung der Anlage werde von der Jugendpflege aus dem Budget übernommen.

AM Dr. Martin teilt mit, dass Attraktivitätssteigerungen der Gemeinde grundsätzlich positiv gesehen würden. Jedoch gebe es heute zu wenig Informationen, um darüber einen Beschluss zu fassen. Er bittet die Verwaltung, die Angelegenheit für die nächste Sitzung vorzubereiten. Gerne sollen in der Sitzung auch die Skater dazu Stellung nehmen können und die geplante Arbeit vorstellen.

FBL Fischer wünscht sich den Kontakt der Jugendlichen zu GJP Kubiack im Vorfeld zur nächsten Sitzung. Die Jugendpflege steht den Wünschen von Jugendlichen immer offen gegenüber und steht als Ansprechpartner zur Verfügung. Wenn sich daraus Beschlussfassungen für die Gremien ergeben, wird die Verwaltung diese vorbereiten.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird gebeten, zu prüfen, ob eine Beteiligung der Gemeindejugendpflege in dem geplanten Netzwerk "Rollen und Räder" sinnvoll ist. Die Angelegenheit ist zu einer der nächsten Sitzungen wieder vorzulegen. In dieser Sitzung soll ein Vertreter der Nutzer der Skateranlage hinzugezogen werden. Diese werden gebeten, zuvor auch mit dem Jugendpfleger Kontakt aufzunehmen und ihre Vorstellungen darzulegen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 40, 51 -

8 Jugendbeteiligung

hier: Antrag auf Bildung eines Jugendrates Vorlage: BV/2012/152

AL Frau Wagenaar erläutert eingangs die Beschlussvorlage. Da die Angelegenheit vom Verwaltungsausschuss an den Fachausschuss zurück gegeben wurde, erfolgt die erneute Beratung.

AM Dehnert weist auf die ausführliche Diskussion und die in der letzten Sitzung gefasste Beschlussempfehlung hin. Eine erneute Beratung sei seiner Meinung nach nicht notwendig. Er fragt an, ob der Bedarf und die finanziellen Folgen für einen Jugendrat ermittelt wurden.

FBL Fischer antwortet, dass es sich um eine Beteiligungsform der Kinder- und Jugendlichen nach der Niedersächsischen Kommunalverfassung (NKomVG) handele. Als Beteiligungsverfahren wurden zuletzt die Jugendforen gewählt, da sich der Jugendgemeinderat (JGR) aufgelöst habe. Aus Sicht der Verwaltung können zwei Beteiligungsverfahren nebeneinander nicht personell geleistet werden.

AM Frau Lüttmann unterstützt die Beteiligungform durch Jugendforen. Die Einrichtung eines Jugendrates werde nicht befürwortet. Auch AM Dr. Martin sieht einen den Jugendlichen "vorgesetzten" Jugendrat als nicht sinnvoll an.

Stellv. AV H. Dierks führt aus, dass dem damaligen JGR am Ende die Motivation fehlte, der Ablauf zu bürokratisch erschien und die Fachausschusssitzungen teilweise unverständlich waren.

Der sich anschließend selbst gebildete Kreis von jungen Erwachsenen aus den Nachwuchsorganisationen der Parteien sollte in seiner Arbeit durch die Errichtung eines Jugendrates und die damit verbundenen Möglichkeiten unterstützt werden. Der Nachwuchs in den Parteien kenne die teilweise bürokratischen Vorgänge und habe die Nähe zu den Ratsmitgliedern. Von der Verwaltung müssten Informationen auf Nachfrage geliefert werden. Ihm fehle ein Organ für die Interessen der Jugendlichen. Daher müsste man sich die Fragen stellen, ob man einen Jugendrat einrichten möchte und wie der Aufbau aussehen soll. Ihm wäre wichtig auf die Jugendlichen direkt zuzugehen und nicht zu warten, bis sie von sich aus kommen.

Dieser Auffassung schließt sich AM Frau Logemann an.

Die Meinung von AM Langner zu dem Thema sei hinreichend bekannt. Kinder und Jugendliche seien in der Schule schon sehr stark eingebunden, sodass kaum die Möglichkeit der Freizeitgestaltung bleibe. Die Kinder und Jugendlichen müssen viel zu früh Verantwortung übernehmen und Entscheidungen treffen, sodass man Kinder Kinder sein lassen sollte, solange sie die Möglichkeit haben.

AM Dr. Witt könnte sich den Jugendrat als Mittler zwischen dem Jugendforum und der Verwaltung vorstellen.

Darauf erwidert FBL Fischer, dass die Verwaltung den JGR sehr intensiv begleitet und die benötigten Informationen geliefert habe. Die Verwaltung wurde von den Jugendlichen als Unterstützung wahrgenommen. Die Verwaltung ist weiterhin der Auffassung, über konkrete Projekte mit den Jugendlichen in Kontakt zu kommen. Aber selbst da gestalte sich die Beteiligung schwierig. Dem JGR wurde beispielsweise die Möglichkeit gegeben, einen Spielplatz beim Schulzentrum zu gestalten. Über den JGR und das Internet haben sich trotzdem nur ca. 15 Rückmeldungen der Schüler ergeben.

AM Keil schildert, dass er seine Meinung in Bezug auf einen Jugendrat teilweise geändert habe. Die Jugendbeteiligung dürfe nicht zu bürokratisch für Jugendliche sein. Durch Jugendforen werde insgesamt ein größerer Kreis von Kindern und Jugendlichen angesprochen, wenn zweimal im Jahr Jugendforen in verschiedenen Bereichen durchgeführt würden. Dies wäre bei einem Jugendrat mit festen Mitgliedern nicht der Fall. Aus den Erfahrungen des ersten Jugendforums in Rostrup habe die Verwaltung vorgeschlagen, direkt im Anschluss an das Jugendforum die Ergebnisse nicht nur dem Bürgermeister, sondern auch Vertretern der Fraktionen vorzustellen. So erhalten die Jugendlichen sofort ein Feedback, was seiner Meinung nach, sehr wichtig sei.

Stellv. AM H. Dierks stellt aufgrund der weiterhin mehrheitlich ablehnenden Haltung des Fachausschusses zur Einrichtung eines Jugendrates den **Antrag**, auf den bereits gefassten Beschluss zur verweisen und die Angelegenheit jährlich dem Ausschuss nach den Erfahrungen aus den Jugendforen vorzulegen.

Beschlussvorschlag:

Als Form der Jugendbeteiligung nach dem NKomVG werden die bereits beschlossenen Jugendforen (AJuFaSo vom 18.06.2012; Protokoll Nr. 34, 7 d. N.) fortgeführt.

Jährlich soll die Einrichtung eines Jugendrates in der Gemeinde Bad Zwischenahn dem Fachausschuss zur Beratung vorgelegt werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 40, 51 -

9 Anfragen und Hinweise

Keine.

10 Einwohnerfragestunde

10.1 Jugendbeteiligung

Herr Kellermann-Schmidt äußert sich als Vorsitzender des Ortsbürgervereines zur Jugendbeteiligung. Das Jugendforum in Rostrup werde künstlich von den Vereinen beatmet. Die erwartete Resonanz der Jugendlichen nach dem Jugendforum sei ausgeblieben. Er sehe die Beteiligungsform bei konkreten Projekten sinnvoller als in Jugendforen an.

Herr Wassink fragt an, warum die Zeit mit der Frage der Jugendbeteiligung wieder vertan werde. Zunächst sollte das Jugendforum in Petersfehn durchgeführt und die dortige Resonanz abgewartet werden. Um Mitglieder für einen Jugendrat zu finden, könnte eine Anzeige in der Zeitung veröffentlicht werden, in der Freiwillige gesucht werden.

Stellv. AV H. Dierks äußert, dass seiner Meinung nach die Zeit, in der man sich mit der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen befasse, nie vergebliche Zeit sei.

- 40, 51 -

Nicht öffentlicher Teil

Stellv. AV H. Dierks schließt die Sitzung.

H. Dierks Stellv. Ausschussvorsitzender

Fischer Fachbereichsleiter

Osterwald Protokollführerin